



Nr. 2/2009

Antifaschistische Bochumer Blätter

Information der VVN - Bund der Antifaschisten

Anmerkungen zum Antikriegstag 2009

Neue Helden braucht das Land!

Wie nennt man/frau tote BundeswehrosoldatInnen? Der Kriegsminister wollte sich nicht festlegen. Erst einmal ist ihm das Wort „Gefallene“ öffentlich über die Lippen gekommen. Da die Bundeswehr nur weltweite Friedenseinsätze oder humanitäre Operationen durchführt, aber keine Kriege, kann von „Gefallenen“ nicht gesprochen werden, weil der Begriff mit Krieg assoziiert wird.

Es heißt also manchmal schlicht „einem islamistischen Terrorangriff zum Opfer gefallen“ oder „ums Leben gekommen“ oder „in einem Hinterhalt ermordet“ oder „sein Leben verlieren“. „Terror“, „Hinterhalt“, „Mord“ – wie die Begriffe schon signalisieren – ist böse und wird nur von den „Feinden“, „Terroristen“ begangen. Erschießen Bundeswehrosoldaten eine ganze Familie, ist das „ein bedauernswerter Unglücksfall“, „ein einmaliges Missverständnis“.

Auf jeden Fall sind diese SoldatInnen für Freiheit und Frieden umgekommen, nicht bei der Sicherung der globalen Kapital- und Warenströme des deutschen Großkapitals bzw. bei der Sicherung der Freiheit dieser Konzerne, irgendwo global Menschen und Natur (unsere Rohstoffe!) in aller Freiheit auszubeuten.

Und wer darf in das neue „Ehrenmal“ in Berlin? Nur SoldatInnen, die direkt im Krieg, Entschuldigung, bei Frieden schaffenden Aktionen, getötet wurden? Oder auch diejenigen, die „bei ganz normalen Unfällen“ zu Tode gekommen sind? Und wo fanden die „Unfälle“ statt? Bei Manövern „zu Hause“ oder in Feindesland, das von Terroristen beherrscht wird? (Entschuldigung: Im Land der zu Befreienden!) Wie ist es mit denen, die unter „friendly fire“ eventuell geraten? Und es gibt eine ganz erkleckliche Zahl von Selbsttötungen – gehören diese Toten auch

ins Ehrenmal? Immerhin haben bis zum 12.3.2009 nach Angaben des Kriegsministeriums seit einschließlich 1957 3.417 Soldaten Suizid begangen, einschließlich 18 bei Auslandseinsätzen.



Der neue Orden: Tapferkeitsmedaille

Der Minister meint, die SoldatInnen sollten als Helden verewigt werden, „die in Folge der Ausübung ihrer Dienstpflichten für die Bundesrepublik Deutschland ihr Leben verloren haben“. Was ist mit den Soldaten, die vorher in Afghanistan mit menschlichen Schädelknochen posierten? Oder die vorher an einem Checkpoint eine ganze Familie erschossen haben? Wenn die nun der Tod am Hindukusch oder sonst wo ereilt? Was ist mit den 18 Suizid-Opfern? Lässt sich ein Zusammenhang mit der „Ausübung der Dienstpflichten“ leugnen?

Das Fernsehmagazin Kontraste brachte im April 2009 einen Beitrag über die Helden-Erziehung bei der Bundeswehr mit Hilfe von soldatischen Heldengeschichten aus dem Faschismus. Überhaupt werden Lehrbücher aus dem

Faschismus z.T. heute noch bei der Bundeswehr offiziell benutzt. Gibt es SoldatInnen, die sich wirklich an ihren heroischen Großvätern von Stalingrad und vor Tobruk oder sonst wo ein Beispiel nehmen und deswegen „zu Tode kommen“?

Für das im Oktober 2008 eingeführte Ehrenkreuz, offiziell Tapferkeitsmedaille, gilt ähnliches: Mit dem Ehrenkreuz sollen SoldatInnen ausgezeichnet werden, „deren Tapferkeit weit über das normale Maß“, das von allen SoldatInnen erwartet wird, „hinaus-“

Fortsetzung auf Seite 2

ANTIKRIEGSTAG

Die VVN - BdA Bochum unterstützt die Demonstration des Friedensplenums am Antikriegstag 1. September von 16-18 Uhr. Treffpunkt: Husemann-Platz.

Thema der Demo: Vor 70 Jahren: Überfall Deutschlands auf Polen. Es ist auch heute wieder Krieg: Vor 10 Jahren Überfall auf Jugoslawien – völkerrechts- und grundgesetzwidrig, heute Krieg in Afghanistan – wieder völkerrechts- und grundgesetzwidrig. Bundeswehr an 11 anderen globalen Kriegsschauplätzen aktiv!

Wir bitten unsere Mitglieder und andere FriedensfreundInnen, an der Anti-Krieg-Demonstration teilzunehmen!

Fortsetzung von Seite 1

Neue Helden braucht das Land!

geht“. Was ist das normale Maß an Tapferkeit, welches Maß geht darüber hinaus, welches Maß geht weit darüber hinaus? So manche Kabarettsendung wird sich noch damit zu befassen haben.

Was ist mit den offiziell von der Bundeswehr zugegebenen 422 Fällen von PTBS – Kranken? (PTBS = Posttraumatische Belastungsstörung). Wie kommt SoldatIn bei der karitativen Arbeit am Hindukusch an PTBS? (Die Dunkelziffer wird ca. zehnmal höher geschätzt). Was ist, wenn sich jemand von denen umbringt? Das hat dann doch auch was mit der „Ausübung der Dienstpflichten“ zu tun?

Weitgehend unbemerkt von der sog. demokratischen Öffentlichkeit hat der neue und alte Bundespräsident einen Geschichtswettbewerb ausgerufen, in dem es auch um Heldensuche geht. Bis 1977 ging es seit 1973 erst um eine Idee Gustav Heinemanns, Persönlichkeiten aus den deutschen Freiheitsbewegungen, aus den deutschen revolutionären Traditionen herauszuarbeiten. Das wurde schon 1977 gestrichen, so dass manche heute auf Helmut Rahn als deutschen Helden kommen oder auf irgendwelche antikommunistischen Priester.

Der etwas aus der Mode gekommene Wettbewerb wurde 2008 wiederbelebt durch Kreise des Reservistenverbandes der Bundeswehr, die das „Eiserne Kreuz“ für tapfere Soldaten haben wollten. Das neue Ehrenkreuz, Tapferkeitsmedaille genannt, ist dem Eisernen Kreuz auch sehr ähnlich. Die Springer-Zeitung „Die Welt“ nannte in diesem Zusammenhang die BRD ein „glückliches Land“, „das Helden braucht, um dieses Glück zu verteidigen.“ Schon sind wir wieder bei der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch, im Kongo, vor den Küsten Indiens und Afrikas.

Wolfgang Dominik

Bundestagswahl

Bis zur Bundestagswahl am 27. September 2009 bleiben noch ein paar Wochen. Wie alle entwickelten kapitalistischen Industrieländer befindet sich auch die Bundesrepublik Deutschland in ihrer größten Krise seit Ende der 20er Jahre.

Vor dem Hintergrund dieser Krise werden demokratische Rechte immer weiter ausgehöhlt, Versammlungs- und Demonstrationsrechte eingeschränkt, Überwachung und Bespitzelung finden in immer stärkerem Umfang statt. Mit dem Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit und dem geplanten Bundeswehreinsatz im Inneren wird auch regierungsoffiziell der Weg zu reaktionären Formen der Machtausübung bereitet.

Solche Situationen bilden den Nährboden für rechte Parolen und Populisten. Die NPD wird offenbar, ebenso wie andere faschistische Parteien und Organisationen, auch deshalb nicht verboten, weil sie den Protest kanalisiert und von den etablierten Parteien enttäuschte WählerInnen am rechten Rand zu binden vermag.

175.445 Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen des Landes unterzeichneten vor 2 Jahren einen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem diese aufgefordert wurden, einen Antrag zum Verbot der NPD in die Wege zu leiten. Initiator der vom 26.01. bis zum 9.11.2007 laufenden Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ war die VVN-BdA. Das Bundestagspräsidium unter Vorsitz des Bochumer Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) weigerte sich damals, den gesammelten Volkswillen in Form der Unterschriften entgegenzunehmen. Am 12.12.2007 nahmen Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, Gesine Löttsch und Dorothee Menzner (alle Linkspartei) sowie Nils Annen von der SPD die 46 Kartons mit den darin enthaltenen Unterschriften entgegen. Sie bedankten sich für die bemerkenswerte Initiative und hoben hervor, dass die Kampagne eine äußerst nützliche Aktion war, die wesentlich dazu beigetragen hat, in der Öffentlichkeit eine Sensibilisierung für das Thema NPD-Verbot zu erreichen. Inzwischen wird die Verbotskampagne gegen die NPD „nonpd“ fortgesetzt. Die VVN-

BdA sammelt unter dem Motto „5000 Gründe für das NPD-Verbot“ eigene Stellungnahmen und Statements für das NPD-Verbot und veröffentlicht sie auf ihrer Internetplattform www.nrw.vvn-bda.de. Jede(r) wird aufgefordert, sich an der Aktion zu beteiligen.

Auch bei der Bundestagswahl 2009 treten wieder rechtsextreme Gruppen und Parteien an. Momentan scheint die NPD organisatorisch und finanziell angeschlagen zu sein. Trotzdem ist gerade in Deutschland die faschistische Gefahr immer latent!

Zu Beginn des Superwahljahres 2009 fand am 7. Februar in Wuppertal die Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen dort zusammen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und über zukünftige Strategien im Kampf gegen den Neofaschismus zu diskutieren. Die Konferenz stand unter dem Motto: „Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente“.

Lasst uns die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl nutzen, um weiter daran zu arbeiten, damit wir am 27. September keine böse Überraschung erleben.

Siegfried Evers

AUSSTELLUNG

„OPFER RECHTER GEWALT“

Das Bochumer „Bündnis gegen Rechts“ zeigt mit Unterstützung des Kulturbüros diese Ausstellung vom 2.11. bis 27.11.2009 in der Louis-Baare-Schule/Westenfelderstrasse in Wattenscheid.

In dieser Ausstellung werden mehr als 150 Menschen porträtiert, die in Deutschland seit 1990 neofaschistischer Gewalt zum Opfer gefallen sind. Nähere Informationen auf der Homepage unter www.vvn-bda-bochum.de.

Sonntag, 13. September 2009

Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Erstmals im September 1946 erinnerten die Überlebenden der Konzentrationslager und Haftstätten in allen 4 Besatzungszonen mit Veranstaltungen, Kranzniederlegungen und Kundgebungen an die Opfer des Faschismus.

Der „Gedenktag für die Opfer des Faschismus“ war die erste gesamtdeutsche Erinnerung für alle Opfer und Verfolgte der Nazidiktatur. Auch in Bochum und Wattenscheid fanden an diesem Tag Gedenkveranstaltungen statt. Die WAZ berichtete in einem längeren Artikel über die Veranstaltung auf dem Friedhof am Freigrafendamm:

***Tote mahnen Lebende
zur Menschlichkeit
Gedenkfeier der Stadt
Bochum für die Opfer des
Faschismus***

Vor der hohen Sandstein-Kulisse der Haupthalle versammelten sich Sonntag vormittag auf dem Freigrafendamm-Friedhof zahlreiche Bochumer Bürger. Die Stadt Bochum hatte sie zu einer „Totengedenkfeier für die Opfer des Faschismus“ eingeladen. Auf den flachen Stufen vor dem Rednerpult lagen die Kränze der Stadt, der VVN, der CDU und SPD, mit ihren bunten Bändern und Blumen wie feierlich-ernste Grüße der Lebenden an die Toten. ... (WAZ 14.09.1948)

Mit Beginn des Kalten Krieges und insbesondere nach der Bildung beider deutschen Staaten entwickelte sich der bis dahin von einem breiten antifaschistischen Konsens getragenen Gedanken an einen gemeinsamen Gedenktag für die Opfer des Faschismus in zwei unterschiedliche Richtungen. In der DDR wurde der zweite Sonntag im September zum offiziellen Gedenktag. In der Bundesrepublik Deutschland wurden die Gedenkfeiern nach der Spaltung der Opferverbände in ei-



Der Gedenkstein der VVN - BdA auf der neugestalteten Grabstätte der Bochumer Widerstandskämpfer am Ehrenplatz auf dem Friedhof Freigrafendamm. Gestaltung des Gedenksteins: Käthe Wissmann.

nen sozialdemokratischen und einen christdemokratischen Gedenktag verwandelt. Der ursprüngliche Tag, auch von der VVN getragene Gedenktag, wurde als kommunistisch gesteuerte Aktion verteufelt. Kurz nach der Gründung der Bundesrepublik kam es zur Neugründung des „Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge“ und im Zuge der politischen Restauration wurde der zweite Sonntag im November zum Volkstrauertag erklärt. Die inhaltliche Neuausrichtung dieses Gedenktages benutzten die Soldatenverbände und konservative reaktionäre rechte Gruppen, zu einem zweifelhaften Heldengedenktag aus. In Bochum und einigen anderen Städten wurden eigene Gedenkveranstaltungen der VVN durchgeführt. Jeweils am Volkstrauertag fand eine Gedenkveranstaltung in Bochum auf dem Friedhof am Freigrafendamm am Ehrenrundplatz

für die von den Nazis ermordeten Antifaschisten statt. Grüne, Linke und antifaschistische Organisationen legten Kränze und Blumengebinde zu Ehren der Ermordeten nieder. Vom ursprünglichen Inhalt des „Nie wieder“ war aber bei den offiziellen Gedenkfeiern immer weniger zu spüren. Durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien bis hin zum Hindukusch wurde es für die Herrschenden immer notwendiger, auch der neuen Kriegstoten zu gedenken. In der erweiterten Formel für den Volkstrauertag werden nun „die Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage, die Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung und die Bundeswehrosoldaten und anderen Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben

verloren“ einbezogen.

Vor diesem Hintergrund ist die Wiederbelebung des Gedenktages der Opfer des Faschismus sinnvoll.

Mit der Einweihung des neugestalteten Ehrenrundplatzes für die von den Nazis ermordeten Antifaschisten am 14. September 2008 haben wir den ersten Schritt getan.

Klaus Kunold

**GEDENK-
VERANSTALTUNG
für die von den Nazis
ermordeten Antifaschisten
Sonntag, 13. September,
11.00 Uhr,
Treffpunkt am Haupteingang des
Friedhofes am Freigrafendamm.
Es spricht: Dr. Klaus Piel,
langjähriger Vorsitzender der
HCH (Humanitäre Cuba-Hilfe)**

VVN-Veranstaltung

**Freitag, den 4.9.2009,
19.30 Uhr in den Räumen
der Christus-Kirche, Nähe
Rathaus Bochum:**

Wolfgang Dominik wird nach den Kommunalwahlen Gründe für ein Verbot der neofaschistischen NPD erläutern, in dem er zunächst auf die Rahmenbedingungen des Neofaschismus nach 1945 eingeht, dann die Geschichte der NPD kurz charakterisiert, über die Nazis und ihr Geld informiert und schildert, warum der Verbotsantrag von 2001 vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist.

Mit der Geschichte des zweiten Sonntags im September wird sich Siegfried Evers beschäftigen. Er wird u.a. darauf eingehen, warum die VVN-BdA seit 2008 wieder an diesem historischen Tag und nicht mehr wie in den Jahren zuvor am Volkstrauertag der Opfer des Faschismus feierlich gedenkt.

Stadtrundgang

**70. Jahrestag des Beginns
des 2. Weltkriegs - Auf den
Spuren von NS-Zeit, Krieg
und die Erinnerung daran**

Bei einem Rundgang durch die Bochumer Innenstadt soll ein Einblick gegeben werden, was „Alltag unterm Hakenkreuz“ für die Menschen, die hier lebten, bedeutete, aber auch, was der vom NS-Regime ausgelöste Krieg in Bochum für Auswirkungen hatte. Als Mahnmal gegen den Krieg ist heute noch der Turm der zerstörten Christuskirche sichtbar. Hier endet der Stadtrundgang mit einer Besichtigung der sog. „Heldengedenkhalle“ und der Vorstellung des bis 2010 geplanten „Platzes des europäischen Versprechens“.

VHS Kurs-Nr.: 12012

Klaus Kunold
Sonntag, 06. Sep., 14.00-16.15 Uhr
Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke
20 Tn., 4,- EUR

Die Pöppe/Schmidtfranz-Widerstandsgruppe:

„Nieder mit dem Bluthund Adolf Hitler“

Anfang 1940 schlossen sich Bochumer Hitler-Gegner zusammen um Widerstand gegen Krieg und Faschismus zu leisten. Bei ihren Treffen besprachen sie die aktuelle Kriegslage und die Situation in Bochum. Moritz Pöppe und Johann Schmidtfranz berichteten bei den Zusammenkünften über die Nachrichtensendungen von Radio Moskau oder BBC London und schufen Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen in Bochumer Betrieben.

In Polizeiunterlagen wurde später von „reger Propagandatätigkeit“, in geheimen Lageberichten der SS von gegnerischer Flüsterpropaganda geschrieben. Die Nachrichten von der Bildung der Anti-Hitler-Koalition, die sich Ende 1941 vollzog, machte den Bochumer Antifaschisten neuen Mut und bestärkte sie in ihrer Widerstandsarbeit. Die Gruppe richtete sich jetzt noch offensiver nach außen. So wurden einfache, mit Handstempel gefertigte Streuzettel hergestellt, die im Dezember 1942 im Stadtgebiet von Bochum in Hauseingänge und -flure hinterlegt oder auch unter Türen geschoben wurden. Auf dem Streuzettel stand: „Deutsches Volk horch auf – Nieder mit dem Bluthund A. Hitler.“

Über britische Aufklärungsflugzeuge kamen auch Texte der Flugblätter und Aufrufe der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ (München) ins Ruhrgebiet. Die Pöppe/Schmidtfranz-Gruppe sammelte diese abgeworfenen Flugblätter auf und gab sie weiter.

Im August 1943 verhaftete die GESTAPO („nach seit Monaten angestellten Ermittlungen“) die meisten Mitglieder der Gruppe. Pöppe und Schmidtfranz wurden wegen des „dringenden Tatverdachts hochverräterischer Umtriebe“ angeklagt. Im Oktober 1944 fand vor dem Volksgerichtshof in Berlin der Prozess statt. Moritz Pöppe und Johann Schmidtfranz wurden „im Namen des Volkes“ zur Todesstrafe verurteilt und am 6. November 1944 in Brandenburg-Görden hingerichtet.

Moritz Pöppe

Der 1897 in Bochum geborene Moritz Pöppe war Maschinenschlosser und kam aus einer kommunistischen Familie.

Schon beim Streik der Berg- und Metallarbeiter 1923 wurde Pöppe wegen „Rädelsführerschaft“ zu Gefängnis verurteilt.

Aufgrund seiner bekannten Anti-Hitler-Arbeit wurde Pöppe im März 1933 erneut verhaftet und eingekerkert. Seine antifaschistische Gesinnung konnten die Nazis jedoch nicht brechen, er beteiligte sich auch weiterhin an der antifaschistischen Arbeit und hatte Verbindung zur konspirativen Leitung der KPD.



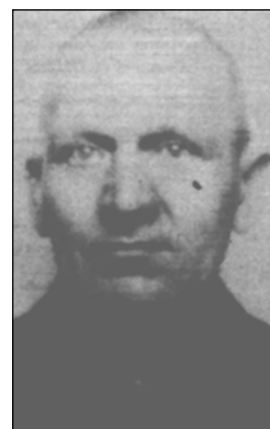
Johann Schmidtfranz

1898 in Weitmar geboren, war er zunächst Bergmann auf „Engelsburg“ und dann Schlosser auf dem „Bochumer Verein“.

Er beteiligte sich an den Aktionen der Arbeiterbewegung gegen den reaktionären Kapp-Putsch von 1920.

Schmidtfranz war aktiver Gewerkschafter, zunächst Mitglied der USPD, später der KPD. Auch als die Nazis an der Macht waren, leistete er Widerstand und wurde 1936 zu fast 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach seiner Entlassung knüpfte er Kontakte zu Pöppe und anderen Hitler-Gegnern, um die Widerstandsarbeit fortzusetzen.



Günter Gleising

Die Nazis und der 1. Mai 2008

Erster Mai 2008 in Dortmund. Die Teilnehmer an der Maidemonstration des DGB diskutieren über Bankenrettung, unsichere Arbeitsplätze oder einfach nur über das schöne Wetter. Plötzlich werden sie von einer Horde von mehr als 300 Nazis überfallen.

Zum ersten Mal seit den 30er Jahren trauen sich Neofaschisten, mit Holzlatten und anderen Waffen auf eine Gewerkschaftsdemo loszuprügeln. Die Polizei war völlig überrascht, hatten die Nazis doch gesagt, dass sie nach Siegen zu einem Naziaufmarsch wollten. Später hat sie die Nazihorden umzingelt und z.T. kurzfristig festgenommen. Polizei und Justiz sind Nazis gegenüber so wie auch vor 33 völlig zurückhaltend.

Wir meinen, dass die ganzen Naziaktionen vom Grundgesetz her gar nicht erlaubt sind und dass es relativ leicht ist, die Nazihorden zu verbieten. Etwas schwieriger ist es, ein Parteienverbot auszusprechen. Dies kann ausschließlich das Bundesverfassungsgericht und das auch nur auf Antrag des Bundestages oder des Bundesrates. Und das ist gut so, denn Parteien müssen diesen Schutz besitzen, sonst wäre jede Opposition staatlicher Willkür ausgesetzt.

Der Bundestag hatte schon einmal einen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht gestellt. Dieser war aber kläglich gescheitert, weil die meisten Aussagen von V-Leuten kamen, und das Gericht sich deshalb keine objektive Meinung bilden konnte.

Es machte aber deutlich, dass ein neues Verbotverfahren durchaus sinnvoll sein könnte. Man müsse nur die V-Leute abziehen.

Inhaltlich kann nur aufgrund der für jedermann zugänglichen Informationen der NPD, in ihren Zeitungen, Bro-

schüren, den Schulhof-CDs und im Internet die Verfassungswidrigkeit der Nazi-Partei ohne weiteres festgestellt werden. Die von der SPD geführten Landesinnenministerien haben die V-Leute längst abgeschafft, sie sind ohnehin zu nichts nütze, denn es sind Nazis, die ein Zusatzeinkommen vom Staat beziehen. Ihre Aussagen verhindern kein einziges Naziverbrechen (siehe Dortmund).

Am 1. September ist der 70. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkriegs. Während Demokraten der Millionen von Opfern gedenken und ein deutliches „Nie Wieder!“ sagen, rüsten die Nazihorden unter der Losung „Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg!“ zum „nationalen Antikriegstag“. Wieder scheinen Polizei und Justiz überfordert. Aber Dortmunder Bürger wehren sich schon heute gegen diese Provokation. Wir sollten sie nicht allein lassen. Am 5. September findet in Dortmund eine Demonstration gegen die Nazis statt.

Lutz Berger

DORTMUND STELLT SICH QUER!

**Nie wieder Krieg!
Nie wieder Faschismus!**

**5. September 2009
in Dortmund**

Bundesweite antifaschistische
Demonstration des Bündnisses
„Dortmund stellt sich quer!“

**Treffpunkt: 10 Uhr, Dortmund
Hauptbahnhof**

AUSSTELLUNG

Sonderzüge in den Tod

20.11. bis 6.12.2009

Die von der Deutschen Bahn AG in Zusammenarbeit mit Beate und Serge Klarsfeld sowie einer Bürgerinitiative konzipierte Ausstellung erinnert an die Deportation Hunderttausender Menschen durch die damalige Reichsbahn in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Die Ausstellung wurde 2008 in Berlin eröffnet und danach in verschiedenen deutschen Städten gezeigt. Nachdem im Februar 2008 der 'Zug der Erinnerung' auf dem Bochumer Hauptbahnhof hielt, wird nun im Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte die Ausstellung der Deutschen Bahn AG zu sehen sein.

**Eröffnung im Bochumer
Zentrum für Stadtgeschichte am:
Freitag, 20. November 2009,
17:00 Uhr**

Öffnungszeiten: Di-Fr 10-18 Uhr,
Sa/So 11-17 Uhr. Eintritt frei
Wittener Straße 47,
www.bochum.de/stadtarchiv.

+++ Broschüre +++



60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid

Teil 1: 1946 - 1972

Das vorliegende Heft beschreibt die Geschichte der VVN in Bochum und Wattenscheid.

Schwerpunkte sind u.a. die Entnazifizierung, Restauration, Kalter Krieg, Neofaschismus und Entspannungspolitik.

Preis: 7,50 Euro

Zu den Artikeln von Butterwegge und Broden in Friedensforum 2/2009

Totalitarismus – Ab in die Mitte!

Aus der Perspektive der bürgerlichen Mitte waren schon im 19. Jahrhundert Radikale oder Extremisten alle die, die sich der Mitte verweigerten oder von ihr nicht akzeptiert wurden.

Der Extremismus-Begriff ist ein Propaganda-Begriff, ein Kampfinstrument der Herrschenden aus ihrem Repertoire zur Sprachregelung. Die ökonomisch Herrschenden behaupteten immer schon, die Mitte zu repräsentieren. Seit es wieder Geheimdienste in der BRD gab, wurde der Extremismus-Begriff ein Lieblingsbegriff der Geheimdienste, ließen sich doch rechts und links in einem Begriff vereint bezeichnen. Politiker wie Brandt kreierten den Radikalen-Erlass, der sich nur gegen Linke wandte.

Der Totalitarismus-Begriff wendete sich tatsächlich zunächst gegen den Faschismus, aber schon bald nach der

Oktoberrevolution wurde der Begriff gegen die junge UdSSR verwandt.

Folglich wurde, da Totalitarismus das System und Extremismus die Bewegung hin zum Totalitarismus oder abgeleitet aus dem Totalitarismus bezeichnet, immer schon aus der Perspektive der bürgerlichen Mitte Rechte und Linke als prinzipiell gleich gefährlich gesehen.

Jede(r), der den Extremismus-Begriff benutzt, sollte wissen, dass er gleich mit rechts und links assoziiert wird.

AntifaschistInnen sollten der hegemonialen Sprachregelung den Faschismus-Begriff entgegensetzen. Auch die Abstufung faschistoid passt dazu. Zu schnell steckt man/frau sonst in der Falle: Das GG ist nicht antifaschistisch, sondern plötzlich antitotalitär! Der Faschismus ist seit dem 8. Mai 1945 tot, aber der

Totalitarismus der SU und z.B. der DDR wirft bis heute seine roten Schatten. Und die gilt es zu bekämpfen! Mit den Neofaschisten kann man aus der Sicht der Herrschenden viel lascher umgehen, weil Faschisten die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse stabilisieren, die von „Linksextremisten“ ja gerade überwunden werden sollen! Neofaschisten, das zeigt z.B. Italien, lassen sich in bürgerliche Regierungen hervorragend einbinden. Zumindest bezweifelt man noch, ob das mit der Linken auch so gehen kann.

(Nähere Infos: In manchen Beiträgen auf unserer Homepage www.vvn-bda-bochum.de, www.inex.blogspot.de und initiative_gegen_extremismusbegriff@gmx.de)

Wolfgang Dominik

Stadtrundgang

Auf den Spuren Otilie Schoenewalds in Bochum

In Kooperation mit dem
Otilie-Schoenewald-Weiterbildungskolleg

Viele Bochumer wissen nicht, dass eines der größten Weiterbildungskollegs Deutschlands in Bochum arbeitet. Noch weniger ist die Geschichte der Namensgeberin bekannt. Um dem Interesse, etwas mehr über Otilie Schoenewald und ihr Leben vor allem in der Weimarer Republik und im deutschen Faschismus zu erfahren, entgegen zu kommen, bietet die VHS in Zusammenarbeit mit dem Otilie-Schoenewald-Weiterbildungskolleg einen Stadtrundgang auf den Spuren dieser bemerkenswerten Frau in Bochum an.

VHS Kurs-Nr.: 12010

Wolfgang Dominik

Sonntag, 01. Nov., 14.00-16.15 Uhr
Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke
25 Tn., 4,- EUR

Stadtrundgang

Bochum in der NS-Zeit

Die nationalsozialistische Machtergreifung und ihre Folgen, Massenaufmärsche und Propaganda, Gleichschaltung und Terror, Verfolgung und Vernichtung der politischen Gegner und der Bochumer Juden lassen sich am Schicksal einzelner Menschen und im Alltag einer Stadt an vielen Orten erfahrbar machen.

Bei diesem Rundgang durch die Bochumer Innenstadt soll ein Einblick gegeben werden, was Alltag unterm „Hakenkreuz“ für die Menschen, die hier lebten, bedeutete.

VHS Kurs-Nr.: 12011

Klaus Kunold

Sonntag, 18. Okt., 14.00-16.15 Uhr
Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke
20 Tn., 4,- EUR

+++ Broschüre +++



Günter Gleising:

Ende und Anfang – Die Befreiung von Faschismus und Krieg

Eine Chronologie der Ereignisse

... Schwerpunkt der Arbeit der VVN/BdA ist die „Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochum“. Nun ist die achte Broschüre dieser Reihe erschienen, welche die „Befreiung von Faschismus und Krieg“ in Bochum und anderen Städten im Ruhrgebiet behandelt. Ich begrüße diese Arbeit nachdrücklich und wünsche ihr eine nachhaltige Resonanz.

Dr. Otilie Scholz

(Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum)

Erschienen in der Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums, Heft 8.

ISBN alt: 3-931999-10-6; ISBN neu: 978-3-931999-10-0

EUR 6,50.

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Klaus Kunold, 44799 Bochum. **Druck:** DIGU - Print. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000. Konto Nr. 463 097 46, Sparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01. Internet: www.vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.